

Bezugsspreise:
Für Halle monatlich für zweimalige
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 M., durch die Post 22,50 M.,
einw. Zuzahlungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverkauf unter
Einschaltung eingetrogen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck nur mit der
Bereitstellung, Einzel-Verlag ge-
stattet. Fern: der Schriftleitung, Nr.
1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1418
u. 1411, der Bezugs-Abt., Nr. 1133.

Zweite-Beilage

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 36 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restraum
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nach dem
unserer Geschäftsstellen a. sämtliche
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:
Halle, Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erscheinung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 14. Gr. Deubachstr. 17.
Halle, Geschäftsstellen: Große
Mühlstr. 22 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 445.

Halle, Donnerstag, den 23. September 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Eine Groß-Berlin-Debatte im Landtage.

Millerands Bedingungen für Übernahme der Präsidentschaft. — Entente-Untersuchungen in Oberschlesien. — Hardings Stellung zu Europa.

Der rechte Weg.

Der preussische Kultusminister Saenisch wird von den Rechtspartheien zum Mittelpunkt einer Angriffsbewegung gemacht, die jeden, der den wahren Charakter des deutschen Volkes nicht in nationalitätlichen Phrasenhelden und nachstrophischen Cäselaträren verkörpert sieht, sondern vielmehr in der Masse des Volkes, die viel tiefer und innerlicher denkt und fühlt, nicht nur mit Grimm und Abscheu, eins vielmehr mit Trauer darüber erfüllt hat, daß der Mann für jenes deutsche Volk, an dem die Welt gesehen kann, weichen Kreiser verloren ging unter der demagogischen Hege einzelner fanatischer Führer, die in ihrer Wut über den Verlust ihrer alten Machtstellung nicht mehr klar sehen, was sie mit ihrem sinnlosen Toben anrichten und wie sich an der Volkseele vergehen. Wer demotisch empfinden und denken gelernt hat, fühlte sich seit Jahr und Tag verpflichtet, gegen dieses beinahe krankhafte Wirren von der gelunden Basis für das nationale Fühlen und Denken mit allen geistigen Waffen, die zur Verfügung standen, Front zu machen. Aber bei den meisten dieser Kämpfer um das wahre Deutschland trat bald die Müdigkeit ein, wenn sie sahen, daß breite Bevölkerungsschichten trotz allem sich zum Phrasengeflüster einlassen ließen und aus aller, angebrachte Unfähigkeit keinen Nutzen, bei denen sich unter dem Einfluß von Reden und Wort über den Zusammenbruch ihres Glauben eine Umwertung aller Dinge vollzogen hatte.

Wir sind gewiß die letzten, die alles gutheissen, was Saenisch als preussischer Kultusminister durchzuführen vermag, und die Demokraten in der Regierung wachen darüber, daß keine Reformbestrebungen nicht aus dem Rahmen dieses herausgehen, was die Mehrheit des Volkes als ihren Willen durch ihre Abgeordneten festgelegt hat. Aber es verfallen auch nicht in den Fehler einen Minister oder in die Verwaltung herunten Politiker schon deswegen von vornherein für unfähig zur Erfüllung seines Amtes zu erklären, weil er einen anderen politischen Anschauungspunkt als wir selber. Es macht nichts, gar keinen Unterschied, ob diese Anschauung nach rechts oder nach links liegt, wenn nur über der Parteiarbeitung die Sache um das Wohl der Volksgemeinschaft und des Vaterlandes steht.

Nun hat der von der Rechten so geschmähte Kultusminister bei seinem Besuche in Hensburg in einer Weise mit der reaktionären Demagogie abgerechnet, die jedem rechtlich und vernünftig denkenden Deutschen Achtung abtrotzt. In einem längeren Artikel berichtet Ministerialdirektor Kaufmann über diesen Vorfall. Den im „B. T.“ enthaltenen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Ein Oberprimarier weigerte sich erschröckend, dem Direktor gegenüber bei dem Besuch der beiden Herren in Hensburg zu sagen, was er verächtlich hatte, daß ihm im übrigen wohl wäre, und als er darum gebeten wurde, dann doch die Gründe dieses ebenso neuen wie eigenartigen partiellen Schulters mitzuteilen, erklärte der lüneburger Herr, er komme aus einem Professorat und der Herr Minister, „aber die D. B. T.“ In wie hohem Maße wäre der Minister wohl früher bei solchem Material aus des Ministers Exzellenz gelassen? Heute erregte sich ob dieser Beobachtung nichts mehr und nichts weniger, als daß der Minister den lieben jungen Herrn sehr freundlich hat, dieses für ihn bezeichnende Urteil nicht zu hegen, sondern, in solchen Fällen erfragen und die würdige Antwort zu geben, er wolle das aus der Zeitung, etwas mehr ausfüllern; der Minister nehme nichts übel. Nach längerem Ueberlegen bekam der Minister darauf zu hören, er und überhaupt das Staatsministerium“ fühlten nicht deutsch, seien national nicht zuverlässig, was sich insbesondere daraus ergab, daß er den Schülern das Tragen von Sakentzen verboten und die Bekantheit unterlaß habe. Es vertrat sich deshalb mit der nationalen Würde des Primariers nicht, sich in Gegenwart des Ministers in der vorliegenden Weise zu betätigen. Die gleichen Vorwürfe wurden nachher gegen den Minister in einer anderen Weise gemacht. Der Minister war offensichtlich der Herr für die Anrede, sich über die nationalen Fragen und über einige für den verantwortlichen Leiter unserer Schulen heute leider notwendige, aber regelmäßig parteipolitisch zu seinen Lasten missdeutende Maßnahmen vor diesem unendlichen Parlament äußern zu können. Er sollte den jungen Leuten auseinander, wie wichtig die nationale Sache heute in Deutschland ist, und wie wichtig es sei, daß die Jugend sich noch nicht parteipolitisch schelte und äußerlich durch Abzeichen trenne, sondern auf der Schulbank in der nationalen Sache mit einander der Lerne, wie von Lehrern und Schülern nicht erzwungen, sondern selbstbestimmt, die Bescheidenheit und die Würde des Lehrers, die er aber von ihnen erwarten müsse, daß sie geeignete Aufgaben sachlich und unbeeinträchtigt zu erledigen lernen; wie der traurige und beschämende Breslauer Tag erneut gezeigt habe, daß wir jeden Anlaß zu weiteren Demütigungen, Entwürdigungen und Verleumdungen und Verleumdungen neben hätten, umwits deshalb auch die Verantwortung für Zusammenhänge bei Bekanntern von ihm nicht habe übernommen werden können.

Es würde zu weit führen, die von diesem jugendpolitischen Takt getragenen und auf die einseitig unterrichtete Jugend offensichtlich beruhenden wunden Auslassungen des Ministers im einzelnen hier wiederzugeben. Die Kritik an der von ihm nicht habe übernommen werden können.

Minister seine Rechte reichlich und sich nun auf dessen erneute Frage nach herbeiließ, den „Erlaubt“, nebenbei sogar recht auf, vorzutragen. Der Minister konnte ausrichten, er unterlege, getreu dem Grundsatz, daß offene Aussprache immer die beste Heilung sei, jede weitere Verfolgung dieser Szene durch die Schule, und der Leiter der Schule sprach dem Minister in warmen Worten den Dank für diese Erleuchtung des ihm sehr unerschrockenen Schiedsmanns wie die Versicherung aus, daß er an seinem Ziel, so schnell als das Verbot der Bekantheit herbeiführe, in voller Uebereinstimmung mit dem Minister ernst beabsichtigt, die Jugend im Sinne der von ihm ausgesprochenen Grundätze zu leiten. Was wir von allem hoffen wollen, die für unsere Jugend auf der Schulbank verantwortlichen sind.

Somit das Trauerspiel aus dem Bericht des Ministerialdirektors Kaufmann. Aus jeder, der politisch mit Saenisch nicht übereinstimmt, muß zugeben, daß der Minister mit dieser Art alle diejenigen bedacht hat, die es nicht verstehen, als reife Männer und Deutsche den Verstand über das Gefühl setzen zu lassen und sich die Verantwortung bewußt zu sein, die ihnen in der Erziehung unserer Jugend obliegt. Aber nicht nur in der Schule, sondern auch im sonstigen Leben zerlegen die Politiker, die die vornehmste Pflicht der Selbstbeherrschung nicht gelernt haben, vieles und treiben die Massen in den inneren Zwiespalt. Auch sie sollten endlich erkennen, daß der richtige Weg, der unter deutsches Volk zurückführt zu dem ihm ureigenen Vorsehen, an dem die Welt gesehen kann, nicht beruht auf Hersehensmomen und Diffizieren um jeden Preis, sondern nur der ihr, gegebenen Aufgaben sachlich und unbefangen zu wachen und da, wo sich Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze ergeben, die Hürde Aussprache zu suchen, statt auf den Andersdenkenden mit der Scheule der Verleumdung und Unbilligkeit.

Wißt du dich selber erkennen,
Sich, wie die andern es treiben;
Wißt du die andern verstehen
Wißt in dein eigenes Herz,
Deutsch sein, heißt in erster Linie Mensch sein!

Rücktritt des deutschen Grenzkommissars für das Saargebiet.

Berlin, 22. Sept. Die Reichsregierung hat das Gesuch des deutschen Mitgliedes der Grenzkommission für das Saargebiet, Oberstleutnant v. Planck, um Entsetzung von seiner Stellung genehmigt und zu seinem Nachfolger den Landrat Schwebel in Weissenheim, zunächst kommissarisch, ernannt.

Die Lage in Oberschlesien.

Paris, 21. Sept. (Sollandisch Neumünster.) Die französischen Mächte hoffen, daß die Militärkommission in Oberschlesien eine Untersuchung eingeleitet hat, um Aufklärung in die Angelegenheit der Woffenläufer in 3 Abzügen zu bringen. Es wurden dort 2800 Gewehre, 8 Maschinen- und 8000 Patronen, die für eine geheime deutsche Militärorganisation bestimmt waren, gefunden.

Hardings Stellung zu Europa.

London, 21. Sept. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding gab dem Vertreter der „Morning Post“ in Marion D'Espo ein Interview, in dem er auf die politischen Ziele der republikanischen Partei, besonders die außenpolitischen, einging.

Er sagte: Wir haben ein Recht auf den Frieden mit Deutschland. Es ist ungerath, daß der technische Kriegszustand in dieser Weise fortbesteht. Wenn wir jedoch Frieden machen mit Deutschland so bedeutet das nicht, daß wir uns gegen unsere früheren Verbindlichkeiten wenden müssen, oder irgend etwas unternehmen, das ihnen Schaden zufügen könnte. Harding ist der Ansicht, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten eine starke wirtschaftliche Konkurrenz entstehen wird. Doch hofft er auf eine vornehmliche Kampfwiese.

In seiner Stellung zum Millerand wünscht er an der Tradition Amerikas festzuhalten und jede Verbindung Amerikas mit Europa durch amerikanische Interessen einzufrieren. Im Weltkrieg habe England seine Macht außerordentlich gestärkt, und wenn man auch zugebe, daß das Land ungewöhnliche Opfer auf sich genommen hätte, so könne man doch nicht sagen, daß es seinen Besitz nicht durch unrichtige Methoden ausgebeutet habe. Harding erklärte dann, daß unter seiner Regierung militärische Bündnisse mit Europa unmöglich wären, und daß Amerika mit aller Kraft versuchen werde, dem größten Teil des Frachten- und Schiffverkehrs auf dem Atlantischen Ozean in eigenen Schiffen zu bewältigen. Wir waren bummig gegen Englands große Handelsflotte zu entwickeln, aber wir werden diese Dummheit nicht wiederholen. Der englisch-amerikanische Gegensatz werde besonders scharf im Kampf

um den südamerikanischen Handel vom Ausbruch kommen, dessen Kontrolle sich Amerika vorbehalten wolle, da Südamerika in das Interessengebiet der Vereinigten Staaten und nicht Englands falle.

Steuerzuschuß des Reichswirtschaftsrats.

Im Reichswirtschaftsrat ist von dem Vizepräsidenten Dr. Schenck und Prof. Dr. Schmalenbach folgender Antrag eingebracht worden:

Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen: Es wird ein Steuerzuschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats gebildet, dessen Aufgabe sein soll:

1. bei den neuen Steuererlassen, Ausführungsbestimmungen, Vollzugsanweisungen, soweit sie vom Reichswirtschaftsrat dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden, sich cutaktisch zu äußern.
2. bei schon bestehenden Steuererlassen auf etwaige Schädigungen und Gefahren, die durch sie dem Wirtschaftsleben drohen, hinzuweisen und Vorkehrungsmassregeln vorzuschlagen.
3. Initiativanträge vorzubereiten, die den Abbau oder die Veränderung bestehender oder die Einführung neuer Steuererlasse zum Ziele haben.

Inwieweit Steuererlasse auf andere Weise sich beziehen, sollen die Beratungen und Vorschläge der Steuerkommission auch auf diese Weise sich beziehen. Der Steuerzuschuß besteht aus 15 Mitgliedern und 15 Stellvertretern, von denen je 5 Mitglieder und je 5 Stellvertreter angehören: den Arbeitgebervertretern, den Arbeitnehmervertretern und den Gruppen VII bis X.

Millerand wieder der erste Präsident der französischen Republik sein.

Der erste Präsident der französischen Republik sein, der vor der Annahme einer Verfassungsänderung abgelehnt hat, aus der hervorgeht, daß er eine mehr als repräsentative Rolle beansprucht. Er nimmt zunächst Bezug auf eine Rede, die er am 7. November 1919 gehalten hat.

In dieser Rede entwickelte er das Programm einer bedeutenden Verfassungsänderung. Das Parlament, so sagte er, habe sich mehr und mehr die Rechte der Exekutivgewalten angeeignet. Mit diesem System müßte schnell gebrochen werden, der Präsident der Republik werde heute von den 900 Mitgliedern des Parlaments gewählt. Deshalb sei er aber nicht der Stimmbürger der Parlamentarier, vielmehr der erste Vertreter der Republik. Deshalb dürften seine Wähler nicht nur im Senat und in der Kammer sitzen.

Wenn auch traurige Erfahrungen und gemächte Gründe von der Volksmehrheit abirren, sei ein Mittelweg möglich und wünschenswert, indem der Kreis der Wähler erweitert würde. Es könnten hierzu kommen die Vertreter der großen Körperlichkeiten — auch die Wahlen zum Senat müßten auf eine breitere Basis gestellt werden — neben den Municipal- und Generalräten müßten die großen Berufsverbände einen Teil der Senatoren wählen; Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ufm.

Um all die vom Lande erwarteten Reformen durchzuführen zu können, müßte zunächst eine weitgehende Dezentralisation durchgeführt werden. Die Regierungen müßten die in ihrem Bereiche liegenden wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen selbstständig regeln, wodurch die Aufgaben des Parlaments erleichtert und die Zentralverwaltungsstellen entlastet würden.

Diese Neuerungen erforderten zwar Verfassungsänderungen, dürften aber trotzdem nicht auf die lange Bank geschoben werden. Von vornherein müßten sich aber alle darüber einig sein, daß bei diesen Verfassungsänderungen zwei Grundbegriffe völlig unberührt bleiben müßten: die Republik und die Laizität, d. h. Trennung von Staat und Kirche und konfessionslose Schule.

Die Erklärung, daß der jetzt Millerand die Annahme des Kandidatur begiebt, lautet folgendermaßen:

Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1919 die Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit, und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen hin kennzeichnet durch die uneingeschränkte Durchsicht der Verfallener Verträge und die Vertiefung seiner Grundlagen in Uebereinstimmung mit unseren Verbindlichkeiten, nach innen durch die Aufrechterhaltung der Staatsgewalt, die Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Kräfte, die Dezentralisation und im gegebenen Zeitpunkt auf Grund der Erfahrungen notwendig werdende Verbesserung unserer Staatsgewalt. Seit sechs Monaten habe ich unermüdet vom Vertrauen des Parlaments, diese Politik methodisch und nachhaltig durchzuführen, zu glauben, und ich habe die Gründe dafür angeführt, daß ich dieser Politik nirgend besser dienen kann, als in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meine Annäherung im Einzelfall als nützlich für die Einhaltung und Fortsetzung dieser nationalen Politik erachtet, wenn diese Mehrheit gleich

